

aus dem Inhalt

- ♦ Ackermann für Neuordnung des globalen Finanzsystems
- ♦ Solidarische Ökonomie in Uruguay
- ♦ Religionsfreiheit - im Spannungsfeld von Mission und Konversion
- ♦ Internationale Freiwilligendienste
- ♦ GKKE Rüstungsexportbericht 2008
- ♦ Abschluss der JP-Arbeitsperiode

*„Zeichen schauen wir nun,  
Irdisches wird zum Bilde hier;  
denn das kreisende Jahr  
lässt nach des Winters Frost und Nacht  
den Frühling die Erde für Ostern bereiten“*

*(aus: Hymnus zur Fastenzeit)*

Frohe und gesegnete Ostertage wünschen  
die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der JP Geschäftsstelle

**Ackermann für Neuordnung des globalen Finanzsystems**

Vor dem G 20-Gipfel in London erklärte Weihbischof Dr. Stephan Ackermann, der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax, dass bei den Bemühungen um die Bekämpfung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und den Reformen der globalen Finanzordnung die Interessen der weltweit Ärmsten nicht weiter vernachlässigt werden dürfen. Zu lange schon habe die Finanzwirtschaft gegen einen der zentralen Maßstäbe der katholischen Soziallehre verstoßen, dass das Kapital dem globalen Gemeinwohl dienen müsse. Daher dürften sich die Industrieländer nun nicht mit kurzfristigen Konjunkturprogrammen zur Ankurbelung ihrer eigenen Wirtschaft und kosmetischen Veränderungen der internationalen Finanzordnung begnügen. Sie stünden vielmehr in der Pflicht, in London eine Neuordnung des globalen Finanzsystems einzuleiten, die eine Wiederholung solcher Krisen in Zukunft verhindere und gleichzeitig Antworten auf die erheblichen globalen Ungleichgewichte geben könne.

Ackermann sprach sich zudem für eine konsequente Bekämpfung der Steueroasen aus, was von den kirchlichen Partnern in Afrika immer wieder als Priorität eingefordert worden sei. Steuerverluste in dreistelliger Milliardenhöhe entstehen den Entwicklungsländern durch „offshore“ geparkte Vermögenswerte. Selbst in konservativer Schätzung sind die dadurch entgangenen Steuereinnahmen höher als die gesamte Entwicklungshilfe einschließlich Schuldenerlasse. Dies markiere einen eklatanten Mangel an Global Governance.

Er plädierte für eine Einbindung der armen Länder in die Verhandlungen, ohne die es auf Dauer eine wirklich nachhaltige Weltwirtschaft nicht geben könne.

**Dialogveranstaltung zur Finanzkrise mit der Dresdner Bank**

„Globale Finanzen und Weltgemeinwohl“ war das Thema eines Gesprächs über unternehmerische Verantwortung und die Rolle der Politik, zu dem die Dresdner Bank am 28. Januar 2009 in Berlin gemeinsam mit JP eingeladen hatte. Der Vorsitzende, Weihbischof Dr. Ackermann und Prof. Dr. Wallacher haben im Gespräch mit dem Chefvolkswirt der Allianz Prof. Heise und dem bayrischen Finanzminister Fahrenschon, die Perspektiven der katholischen Soziallehre auf die aktuelle Finanzkrise angewandt. Die Veranstaltung war mit ca. 200 Gästen vornehmlich aus dem Bereich von Wirtschaft und Finanzen gut besucht. Phoenix hat die Veranstaltung aufgezeichnet und wenige Tage später gesendet. Die Veranstaltung hat den erheblichen Gesprächsbedarf verdeutlicht.



Beim Podium in der Dresdner Bank, Berlin...



... diskutierten (v.l.n.r.):  
Prof. Wallacher, Weihbischof  
Dr. Ackermann, Prof. Heise,  
Minister Fahrenschon

### *Solidarische Ökonomie in Uruguay, Süd-Süd-Austausch und Seminar*

Vom 5.-8. November 2008 kam es im Rahmen des Justitia et Pax Projektes zur „Menschenwürdigen Arbeit“ zu einem Süd-Süd-Austausch zwischen Vertreterinnen und Vertretern von Einrichtungen der solidarischen Ökonomie in Lateinamerika. Anlass dafür war das Seminar ‚Instrumente für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Schutz‘, das am 6./7. November 2008 in Montevideo von Kolping Uruguay und dem Verband der solidarischen Ökonomie in Uruguay veranstaltet wurde. Neben dem Vizeminister für Arbeit nahmen auch drei Parlamentarier sowie ca. 70 Personen teil, darunter auch die Friedrich-Ebert-Stiftung. Vertreter aus Argentinien, Brasilien, Kolumbien und Peru stellten ihre politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten vor. Dies gab dem jungen Verband in Uruguay mit ca. 35 Mitgliedern Ermunterung und Beispiele des praktischen und politischen Engagements und der Vernetzung. Auch für die Eingeladenen war dieses Seminar ein Beitrag zur Vernetzung, die trotz aller Kooperation auf nationaler Ebene (Brasilien und Peru vor allem) die internationale Ebene noch nicht genügend erreicht hat. Der Süd-Süd-Austausch wurde beim Besuch des ersten Ladens der solidarischen Ökonomie mit fair gehandelten Produkten in Montevideo fortgesetzt, mit Besuchen bei Kolpingfamilien sowie einzelnen Vernetzungs- und Auswertungsgesprächen mit uruguayischen Akteuren und den internationalen Gästen. Eine Dokumentation des Seminars wird erstellt.

### *Zusammenarbeit europäischer und pazifischer zivilgesellschaftlicher Kräfte zum Cotonou-Abkommen stärken*

Zweimal im Jahr treffen sich 78 Mitglieder des Europäischen Parlamentes und 78 Vertreterinnen und Vertreter der Afrikanischen, Karibischen und Pazifischen (AKP) Länder im Rahmen des Cotonou-Abkommens. Vom 24. bis zum 28. November 2008 war Papua-Neu-Guinea (PNG) Gastgeber der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung (PPV).

Für die Cotonou-Arbeitsgruppe (CWG) im europäischen NRO-Dachverband CONCORD nahm Frau Dr. Hagemann teil, um anlässlich der PPV zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Diskussionsangebote anzuregen und zu unterstützen. Die EU-Parlamentarier begrüßen ihrerseits den Austausch mit regionalen und lokalen NRO. Viele der AKP-Staaten haben noch Vorbehalte den zivilgesellschaftlichen Kräften gegenüber, unter ihnen auch PNG. Traditionsgemäß haben die deutschsprachigen Länder in Europa enge Beziehungen zur alten deutschen Kolonie im Pazifik. So lag es nahe, über Misere und Brot für die Welt/EED auf Partner in PNG zuzugehen und ihnen eine Zusammenarbeit bei der Organisation von Gesprächen mit Parlamentariern anzubieten. Das Eco Forestry Forum (EFF), ein Umweltnetzwerk mit rund 15 Einzelmitgliedern in PNG übernahm die Koordination der Aktivitäten, die von einem Informationsstand über die Erstellung von Positionspapieren bis hin zur Organisation von Pressekonferenzen und einem Arbeitessen reichte.

Die NRO erlebten mit ihren kritischen Stimmen eine außergewöhnliche Presseresonanz. Die Partner äußerten Zufriedenheit mit den Ergebnissen ihrer Öffentlichkeitsarbeit, beklagten allerdings die restriktive Behandlung seitens ihrer Regierung bezüglich der Darstellung ihrer Positionen direkt bei der PPV. Hier konnte auch die Unterstützung der europäischen Seite nur bedingt wirken. Die CWG bleibt im Gespräch mit den EU-Parlamentariern zur Verbesserung der zivilgesellschaftlichen Beteiligung an der PPV.

### *Religionsfreiheit - im Spannungsfeld von Mission und Konversion*

Die Fachkonferenz zum Thema „Religionen und Religionsfreiheit. Menschenrechtliche Perspektiven im Spannungsfeld von Mission und Konversion“ vom 18. – 20. Februar 2009 in Bamberg setzte an einer der schwierigsten Fragen von Religionsfreiheit, dem Verhältnis zu und Umgang mit Mission und Konversionen an und suchte den Austausch mit Vertretern von unterschiedlichen Religionen und Konfessionen. Es nahmen neben verschiedenen Mitgliedern der Arbeitsgruppe Referentinnen und Referenten aus der Orthodo-



Infostand von EFF, CONCORD, Greenpeace u.a. bei der Versammlung in Papua

xie, den Freikirchen, dem Judentum und aus dem islamischen Raum teil. Die zentrale Stellung der „Erklärung über die Religionsfreiheit“ des II. Vatikanischen Konzils für die katholische Lehre, für das Selbstverständnis der Katholiken sowie für den Dialog der Religionen unterstrich Weihbischof Dr. Stephan Ackermann in der Eröffnung. Die Bedeutung des Konzilsdokuments „Dignitatis Humanae“ sei neuerlich durch die heftigen Auseinandersetzungen um die Priesterbruderschaft St. Pius X. deutlich geworden. Die Gewährleistung des Rechtes auf Religionsfreiheit sei zwar eine staatliche Aufgabe, könne aber nur mit den Religionen umgesetzt werden, hieß es übereinstimmend in den Beiträgen. Ein Vortrag von Asma Jahangir, der UN-Sonderberichterstatterin für Religionsfreiheit, zu den gegenwärtigen Herausforderungen des Menschenrechtes auf Religionsfreiheit verlieh der Fachtagung teilweise einen öffentlichen Charakter und wurde von ARTE aufgezeichnet. Die Tagung wurde in Kooperation mit dem Zentrum für Interreligiöse Studien, Bamberg durchgeführt.

### *Internationale Freiwilligendienste - Thema der MEF-Tagung*

Die diesjährige Tagung der Diözesanen Sachausschüsse Mission, Entwicklung, Frieden und weltkirchlichen Referent/innen vom 5. bis 7. Februar 2009 in Trier hat die „Potentiale internationaler Freiwilligendienste für die Arbeit der Diözesen“ behandelt und über den Stand des Projektes „Zur Zukunft weltkirchlicher Arbeit“ informiert. Die internationalen Freiwilligendienste der Diözesen bauen in der Regel auf diözesanen Partnerschaften auf und beleben sie. Rückkehrende Freiwillige können mit ihren Erfahrungen weltkirchliche Arbeit und Gemeinden verlebendigen. Reverse-Programme werden entwickelt. Viele Diözesen nutzen das „weltwärts“-Programm des BMZ, um die Zahl der Plätze aufzustocken und die Vorbereitung und Begleitung zu qualifizieren. Angerissen wurden Überlegungen, inwieweit die besondere Rolle kirchlicher Entsendeorganisationen in der Ausgestaltung des Programms stärker zur Geltung gebracht werden sollte. Diskutiert wurde auch eine stärkere Anerkennung dieser Dienste in der Ausbildung pastoraler Berufe. Weihbischof Ackermann stand der Gruppe zum Gespräch zur Verfügung.

### *„Act to Protect“*

Wie kann das kirchliche Agieren zur Verhinderung von schweren systematischen und lang anhaltenden Menschenrechtsverletzungen besser abgestimmt werden? Nach einer Besprechung zwischen Vertretern von Misereor, Caritas und JP fand ein erstes Treffen dazu am 22. Januar auf Einladung von Misereor, Herrn Hippler in Köln bei der AGEH statt unter Beteiligung von EED, Herrn Dr. Heinrich und Dr. Annette Weber, Stiftung Wissenschaft und Politik, ehemals Ökumenisches Netzwerk Zentralafrika. Äthiopien wurde als geeignetes Fallbeispiel eingeschätzt, da das Sicherheitsbefinden und daraus resultierende Strategien der äthiopischen Regierung sowohl in der Region wie auch im Land selbst bereits jetzt schon massive Einschränkungen in den Menschenrechten bewirken und den Sprengstoff für den sozialen Frieden und die Konflikte mit den Nachbarländern steigern. Es sei möglich und notwendig, die Kultur des Schweigens zu brechen. Es wurde ein ökumenisches Herangehen zum gesamten Horn von Afrika empfohlen.

### *Ausstellungseröffnung „Poverty has a face“ in Straßburg*

Am 27. Januar 2009 wurde im Europarat in Straßburg die Ausstellung „Poverty has a face“ der Europäischen Konferenz Justitia et Pax eröffnet. Künstler aus ganz Europa haben Armut und Ausgrenzung ins Bild gebracht auf Einladung der JP Kommissionen und so im Kontext einer konzertierten Aktion zu Armutsbekämpfung ins Blickfeld gerückt. Außer dem Präsidenten von JP Europa Erzbischof Gérard Defois begrüßten der Generalsekretär des Europarates Terry Davies und die Präsidentin der Konferenz der NGOs beim Europarat

Annelise Oeschger die etwa 100 Gäste, unter ihnen einige Parlamentarier und Botschafter sowie einige der Künstler, deren Werke ausgestellt waren. Die Ausstellung wurde in Straßburg bis zum 6. Februar gezeigt, anschlie-



Terry Davies, Generalsekretär des Europarates bei der Ausstellungseröffnung

Bend vom 18.-27. Februar in Paris im Gebäude der französischen Bischofskonferenz. Im Vorfeld hatte der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax gemeinsam mit dem Präsidenten der Europäischen Konferenz in einem Schreiben die deutschen Europaparlamentarier auf die Ausstellung hingewiesen.

### ***GKKE Fachtagung zu demokratischer Haushaltskontrolle und Budgethilfe***

Am 4./5. März 2009 brachte eine GKKE Fachtagung unter dem Titel „Stärkung von Parlamenten und Zivilgesellschaft in Haushaltsprozessen“ die Positionen und Erfahrungen afrikanischer Partner mit deutschen Haushalts- und Entwicklungspolitikern ins Gespräch. Dies in Fortsetzung zu einem Workshop zum gleichen Thema in Stellenbosch, Südafrika mit CPLO und EFSA im September 2008.

Eine Vielzahl von Problemen zur Durchsetzung transparenter Haushaltspolitik kam zur Sprache, aber auch Lösungsansätze. Capacity building für Parlamentarier, staatliche Akteure oder Zivilgesellschaft - ein Feld, in dem sich viele kirchliche Partner mit Kursen und Materialien für Budget Monitoring engagieren - allein genüge nicht. In vielen Ländern fehlen rechtliche Regelungen, Verfahren oder Strukturen, die eine wirksame Beteiligung an haushaltspolitischen Prozessen ermöglichen, dort braucht es „institution building“. Als gelungenes Beispiel wurde der Zusammenschluss der Rechnungsprüfungsausschüsse des südlichen Afrika genannt (SADCOPAC: Southern Africa Development Community Organisations of Public Accounts Committee), der in seiner Arbeit von europäischen Parlamentariern unterstützt wird. Ebenso wurde die Öffnung von Regierungsverhandlungen für Parlamentarier vorgeschlagen, um Transparenz herzustellen und kompetentere Arbeit zu ermöglichen.

Die Budgethilfe wurde kontrovers diskutiert. Einige sehen keine Alternative, wenn die ownership der jeweiligen Länder für Entwicklungsprozesse dauerhaft erhöht und gesichert werden soll. Bei anderen blieb Unbehagen bis Ablehnung, Kontrolle würde noch schwieriger. Strittig blieb letztlich, ob demokratische und transparente Haushaltsprozesse Ziel oder Voraussetzung für Budgethilfe sind.

### ***GKKE-Rüstungsexportbericht 2008, EU-Kodex und Bundestagsdebatte***

Bei der Veröffentlichung des GKKE-Rüstungsexportberichtes 2008 am 8. Dezember 2008 vor der Bundespressekonferenz in Berlin gab es hohe öffentliche Aufmerksamkeit für die zentralen Botschaften: Kritik am alarmierenden neuerlichen Anstieg der Rüstungsexporte insgesamt und an Lieferungen in Krisenregionen und Entwicklungsländer, Forderung der GKKE, die Zusage für einen Hermes-Kredit zum U-Boot-Geschäft mit Pakistan zurück zu nehmen, Zustimmung zur Oslo-Konvention über Verbot von Streumunition. Die Druckfassung der Berichte konnte noch im Dezember 2008 versandt werden.

Ebenfalls am 8. Dezember 2008 beschlossen die EU-Außenminister in Brüssel, den EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte zu einem rechtlich verbindlichen Gemeinsamen Standpunkt zu erheben, was die GKKE seit Jahren immer wieder und zuletzt auch die Europäische Konferenz Justitia et Pax gefordert hatten. Die GKKE begrüßte die Aufwertung als einen wichtigen Fortschritt auf dem Weg zu einer abgestimmten und wirksamen europäischen Rüstungsexportkontrolle, aber entscheidend für die tatsächliche Wirksamkeit bleibe die Umsetzung in nationales Recht und vor allem die Beachtung in einer kohärenten Genehmigungspraxis aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Am 17. Dezember 2008 schließlich veröffentlichte die Bundesregierung ihren eigenen Bericht zu Rüstungsexporten in 2007 im Internet. Am 18. Dezember abends diskutierte der Bundestag im Plenum nicht nur die Große Anfrage zu Rüstungsexporten an Pakistan und zwei Anträge von Bündnis 90/Die Grünen zur Verbesserung parlamentarischer Kontrolle und zur Ablehnung des

U-Boot-Geschäftes mit Pakistan, die die Anliegen der GKKE aufgriffen, sondern auch die Berichte der Bundesregierung von 2004-2006. Viele Redebeiträge nahmen Bezug auf den GKKE-Bericht. Die namentliche Abstimmung über das U-Boot-Geschäft mit Pakistan lief entlang traditioneller Fraktionsgrenzen; nur Bündnis90/Die Grünen, Die Linke und Otmar Schreiner stimmten dagegen. Eine halbe Stunde Debatte konnte dem Umfang und der Bedeutung des Themas nicht gerecht werden.

### ***Bankengespräch zur Finanzierung von Rüstungsgeschäften***

Auf Anregung von „Urgewald“ fand am 29. Januar 2009 bei der HypoVereinsbank in München ein Bankengespräch statt, bei dem es um verbindliche und effektive Regeln im (Finanz-)Geschäft mit Rüstungsgütern ging. Im Zuge ihres Reputationsrisikenmanagements zeigten sich die beteiligten Banken interessiert an verbindlichen und transparenten Regelungen sowie einem effektivem Controlling. Die Allianz-Versicherung, über die die Hermes-Kredite abgewickelt werden, will sich ggf. in Kooperation mit der GKKE für restriktive Klauseln bezogen auf die Finanzierung von Rüstungsexporten durch Hermes-Kredite engagieren.

### ***Abschluss der Arbeitsperiode - Abschied von Erzbischof Marx***

Die Auswertung der Arbeit bildete den Schwerpunkt der Beratungen bei der Frühjahrssitzung der Deutschen Kommission Justitia et Pax am 13./14. März 2009, der letzten in der ablaufenden Arbeitsperiode. Dazu lag ein Bericht über die Amtsperiode von 2004-2009 der Deutschen Kommission Justitia et Pax vor. Weihbischof Dr. Ackermann legte in seiner Einführung dar, dass JP auf der Grundlage der kirchlichen Soziallehre im Zusammenspiel von Wissenschaft und Praxis in internationaler Vernetzung und Solidarität mit den Partner strategisch relevante Themen bearbeitet und in den politischen Dialog eingebracht habe. Dies gelte für die Religionsfreiheit im Sachbereich Menschenrechte, für die nukleare Aufrüstung im Sachbereich Frieden und die menschenwürdige Arbeit im wachsenden informellen Sektor für den Sachbereich Entwicklung. In Arbeitsgruppen wurden Stärken und Schwächen bilanziert. Mängel wurden konstatiert vor allem im Blick auf die Präsenz in den Medien.

Erzbischof Dr. Reinhard Marx, Vorsitzender bis 2008, wurde verabschiedet - und mit ihm die ausscheidenden Mitglieder, u.a. Weihbischof Leo Schwarz und Weihbischof Engelbert Siebler, Magdalena Bogner, ehemals kfd-Präsidentin und Pfarrer Andreas Mauritz, BDKJ-Bundespräses. Erzbischof Dr. Marx ermunterte, die kirchliche Stimme für Gerechtigkeit und Frieden auch weiterhin deutlich hören zu lassen, sei es gelegen oder ungelegen - und versprach Flankenschutz!



Der Vorsitzende Weihbischof Ackermann (re) überreicht seinem Vorgänger im Amt Erzbischof Marx (mi) ein Findbuch zu 40 Jahre Justitia et Pax; links Weihbischof Schwarz, seit 1974 Mitglied und von 1988 bis '99 Vorsitzender der Kommission

Stellungnahmen und Erklärungen im Wortlaut finden Sie auf unserer Website [www.justitia-et-pax.de](http://www.justitia-et-pax.de) unter den Rubriken „aktuell“ oder „Presse“. Hefte der Schriftenreihe sind unter „Publikationen“ oder bei der Geschäftsstelle zu beziehen.

### ***Impressum***

***Deutsche Kommission Justitia et Pax  
Kaiserstr. 161, 53113 Bonn  
E-Mail: [justitia-et-pax@dbk.de](mailto:justitia-et-pax@dbk.de)  
Web: [www.justitia-et-pax.de](http://www.justitia-et-pax.de)  
Redaktion: Gertrud Casel***

*Deutsche Kommission  
Justitia et Pax - Einrichtung  
der Deutschen Bischofs-  
konferenz und des Zentral-  
komitees der deutschen  
Katholiken zur Förderung  
von Entwicklung, Menschen-  
rechten und Frieden*